



Arbeitsgruppe Anerkennung – gegen Genozid, für Völkerverständigung e.V. (AGA)

EINSTIEG ZUM AUSSTIEG?

AGA-STELLUNGNAHME ZUR KONFERENZ „Osmanische Armenier zur Zeit des Niedergangs des Reiches: Wissenschaftliche Verantwortung und demokratische Fragen“

Berlin, den 29. September 2005. – Am 25. und 26. September 2005 fand in Istanbul mit Verspätung eine internationale wissenschaftliche Konferenz mit 300 angemeldeten Teilnehmern und Medienvertretern statt. Die ursprünglich für Mai 2005 geplante Veranstaltung war kurzfristig abgesagt worden, nachdem der türkische Justizminister Cemil Çiçek sie im türkischen Parlament als „Dolchstoß in den Rücken der türkischen Nation, der nur der armenischen Diaspora in die Hände arbeitet“, gebrandmarkt hatte. Auch beim jüngsten Wiederholungsversuch untersagte ein Gerichtsurteil vom 22. September, dass die Konferenz an der staatlichen Bosphorus-(Boğaziçi-)Universität durchgeführt werden konnte. Statt ihrer sprang jedoch die private Bilgi-Universität ein. Unter Polizeischutz und gegen den wütenden Protest von etwa 200 Nationalisten, die die Teilnehmer mit Tomaten bewarfen, konnte nun doch noch getagt werden.

Eine Schwejkiade am Bosphorus? Wohl kaum. Zu stark ist die Türkei noch von autoritären Strukturen geprägt, als dass sich ohne den Segen der Obrigkeit profunde Veränderungen auf einem Gebiet erzielen lassen, das die politischen und intellektuellen Eliten der Türkei seit Jahrzehnten dem nationalistischen Ausschließlichkeitsdenken überlassen haben. Die nationalistische Deutungshoheit für die neueste Geschichte des Landes ist auch jetzt noch nicht vollständig überwunden worden – das belegen die heftigen Proteste gegen die Abhaltung der Konferenz. Neu ist die erstmalige offizielle Duldung von Meinungsvielfalt. Obwohl das türkische Parlament noch im Juni 2005 ein Strafrecht verabschiedet hat, das mit Paragraph 305 unter anderem die öffentliche Erwähnung des Völkermordes an den Armeniern mit bis zu zehn Jahren Haft unter Strafe stellt, gaben – nach Protesten der Europäischen Union – Regierungschef Tayyip Erdoğan und Außenminister Gül ihren offiziellen Segen. Die Konferenzteilnehmer dankten es, bis auf wenige Ausnahmen, mit der Vermeidung des Begriffs Genozid.

Die *Arbeitsgruppe Anerkennung* begrüßt ausdrücklich die Abhaltung der Konferenz als ersten Schritt zur wissenschaftlichen Aufarbeitung des größten Tabus in der neuesten türkischen Geschichte und als bedeutungsvollen Beitrag zur Demokratisierung des Landes. Gemeinsam mit vielen Menschen in der Türkei, in Armenien und in anderen Staaten hoffen wir, dass diese Konferenz dauerhaft den Einstieg in den Ausstieg aus der Unterdrückung der Freiheit von Lehre, Forschung, der Meinung und des Gewissens markiert.

Denn nur unter der Voraussetzung der Rechtsstaatlichkeit und Rechtssicherheit ist eine objektive, ideologiefreie Erforschung und Erörterung von Geschichte überhaupt möglich. Das bedeutet vor allem eine ersatzlose Streichung des Strafrechtsartikels 305. Diesen ersten



Arbeitsgruppe Anerkennung – gegen Genozid, für Völkerverständigung e.V. (AGA)

Schritten müssen weitere folgen. Wir erwarten von den Wissenschaftlern, Pädagogen und Publizisten der Türkei das Verantwortungsgefühl, zu erkennen, dass sie den Überlebenden und den Nachfahren der Opfer zumindest ein uneingeschränktes Bekenntnis zur historischen Wahrheit schulden. Diese äußert sich darin, die im Ersten Weltkrieg vom damaligen Nationalistenregime der Partei İttihat ve Terakki begangenen Staatsverbrechen als Genozid entsprechend der UN-Konvention von 1948 zu qualifizieren. Sie äußert sich ferner in einer vollständigen Revision türkischer Schulgeschichtsbücher und in der aktiven Bekämpfung ethnischer und religiöser Vorurteile, die das nationalistisch geprägte Erziehungswissen und die Medien der Türkei über Jahrzehnte erzeugt haben.

Die Gesamtheit dieser Voraussetzungen ermöglicht tiefgreifende Verbesserungen in den türkischen Außenbeziehungen zu seinen Nachbarn und stellt eine Grundlage für die Aussöhnung von Armeniern und Türken her.